



Evidenzbasierte Wirtschaftspolitik

Thesenpapier zur Kerntagung des Vereins für Socialpolitik in Hamburg 2014

Michael **Burda**, Monika **Schnitzer**, Bernd **Fitzenberger**, Christoph **Schmidt**¹

Der Staat gibt jährlich Milliardenbeträge für wirtschaftspolitische Maßnahmen aus. Nach der tatsächlichen Wirksamkeit dieser Maßnahmen wird aber erstaunlich wenig gefragt. Doch ohne eine systematische Analyse ist eine fundierte wirtschaftspolitische Beratung nur sehr eingeschränkt möglich. Das Thema der diesjährigen Tagung des Vereins für Socialpolitik unterstreicht die Rolle der empirischen Evidenz – ihrer Erzeugung, Verwendung und Verbreitung – für eine effektive Politikberatung.

Seit mehr als 140 Jahren sind die ökonomischen und sozialen Belange der modernen Gesellschaft zentrale Anliegen des Vereins. Im Rahmen der Tagung wird über die wissenschaftliche Basis unserer Beratungstätigkeiten diskutiert werden, die auf theoretischen Überlegungen, vor allem aber auf empirischer Evidenz beruhen.

Wenngleich die Bedeutung der evidenzbasierten Wirtschaftspolitik gewachsen ist, gibt es nach wie vor erhebliche Verbesserungspotenziale, vor allem im Mitteleuropa. Wir nehmen dies zum Anlass, auf Defizite in der gegenwärtigen Form der wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindung hinzuweisen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten:

1. Evidenz, nicht Ideologie, sollte die Grundlage für wirtschaftspolitische Beratung sein. Von wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind, selbst wenn sie auf Unternehmen abzielen, am Ende immer Menschen betroffen. So ist es nicht erstaunlich, dass bei der öffentlichen Diskussion solcher Maßnahmen Ideologien, Werturteile und Partikularinteressen aufscheinen. Entscheidend ist deswegen, die Diskussion der wirtschaftspolitischen Ziele selbst von der Diskussion der Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen beim Erreichen dieser Ziele zu trennen. Eine evidenzbasierte Wirtschaftspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass die Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen stets anhand der messbaren Erreichung der angestrebten Ergebnisse beurteilt wird.

2. Ursachen und Wirkungen sind in der Wirtschaftspolitik oft nicht einfach zu erkennen. Mit Experimenten und modernen empirischen Methoden wird dies aber immer besser möglich. Korrelation darf nicht mit Kausalität verwechselt werden. In immer mehr wirtschaftspolitischen Bereichen können heute mit Hilfe von Experimenten Kausalitätsanalysen durchgeführt werden. Wo dies nicht möglich ist, helfen moderne ökonometrische Methoden Ökonomen und Wirtschaftspolitikern, die wahren Kausalketten zu erkennen und zu quantifizieren.

3. Wissenschaftliche, evidenzbasierte Evaluierung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen sollte systematischer Teil der Wirtschaftspolitik sein. Die Wirksamkeit von Politikmaßnahmen zum Beispiel in der Arbeitsmarkt-, Energie-, Familien-, Fiskal-, Geld-, Sozial- und Steuerpolitik kann und muss stets anhand von verifizierbaren Fakten überprüft werden. Dafür ist eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, wie dies in anderen Ländern bereits der Fall ist. In der Schweiz beispielsweise hat die Evaluierung solcher Maßnahmen Verfassungsrang. Es sollte eine „Evaluationskultur“ entstehen, die eine Auswer-

¹ Michael Burda ist Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik und Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Monika Schnitzer ist designierte Vorsitzende des Vereins für Socialpolitik und Professorin an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Bernd Fitzenberger ist Leiter der Kerntagung der Jahrestagung in Hamburg und Professor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Christoph Schmidt ist Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Präsident des RWI und Professor an der Ruhr-Universität Bochum.

tung von Politikmaßnahmen zur Selbstverständlichkeit werden lässt und dafür ausreichende Mittel vorsieht. Wirtschaftspolitische Fehler sind meist teurer als angemessene Evaluationen.

4. Eine belastbare Datenbasis gehört zu einer gut fundierten Wirtschaftspolitik. Eine stetige Überprüfung der Wirksamkeit der Wirtschaftspolitik setzt die Verfügbarkeit von zuverlässigen Daten voraus. Die Erhebung, Erstellung und Bereitstellung von Forschungsdaten als unabdingbare Basis für die Evaluierung von Politikmaßnahmen ist gesetzlich sicherzustellen. Wirtschaftsforschern sollten diese Daten auch für Replikationsstudien zugänglich gemacht werden.

5. Transparenz bei der Evaluierung der Wirtschaftspolitik ist unabdingbar. Forschungsergebnisse müssen überprüfbar sein. Dies gilt insbesondere für die Evaluierung der Wirtschaftspolitik. Die Verifizierung von Ergebnissen sollte in offenen Foren erfolgen. Die verwendeten Datensätze und Methoden sind deshalb offen zu legen.

6. Die Politik, die Ministerien und die Wissenschaft müssen gezielt zusammenarbeiten. Die Evaluierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen, das Zusammenführen von belastbaren Befunden und die Kommunikation an die politischen Entscheidungsträger sind Kernaufgaben von Ökonomen. Die bereits bestehende Forschungsinfrastruktur wird allerdings viel zu wenig genutzt, und andere Länder der Welt sind uns in dieser Hinsicht weit voraus. In den USA wird jedes Gesetz von dem überparteilich eingesetzten *Congressional Budget Office* auf zukünftige fiskalische und sonstige ökonomische Kosten durch dafür eingesetzte Wissenschaftler untersucht. Im Vereinigten Königreich wird die Festlegung der Höhe des gesetzlichen Mindestlohns durch die wissenschaftliche Beratung der *Low Pay Commission* begleitet. Ein vergleichbarer Automatismus für die Evaluierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen sollte gesetzlich verankert werden.

7. Mehr Diskussion in den Medien ist erwünscht. Nur mit Hilfe der Medien können diese komplexen Sachverhalte für eine breite Öffentlichkeit zugänglich und verständlich gemacht und so ein informierter demokratischer Diskurs gefördert werden. Die Evaluierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen findet in den Medien bisher jedoch zu geringe Beachtung. Ziel des Vereins und seiner Mitglieder muss es sein, die neuesten Ergebnisse der Forschung besser an die Medien zu vermitteln, damit in der Gesellschaft ein Verständnis für den Nutzen einer evidenzbasierten Wirtschaftspolitik entwickelt wird. Daher sollte eine Diskussion angestoßen werden, die weg von der Ideologisierung der Wirtschaftspolitik führt, hin zu einer Diskussion der wirtschaftspolitischen Ziele einerseits und der Maßnahmen andererseits, mit denen diese Ziele am besten zu erreichen sind. Hierbei geht es um eine redliche Darstellung der Wirkungswege und der potenziellen Nebenwirkungen.